

# Flüchtlingspolitik in Schweden

VOM KLASSENBESTEN ZUM RÜPEL IN DER LETZTEN BANK?

*Bernd Parusel<sup>1</sup>*

Lange habe Schweden damit geprahlt, in der Flüchtlingspolitik Klassenbester zu sein; jetzt versuche man absichtlich, am schlechtesten dazustehen. Mit dieser drastischen Einschätzung kommentierte die Zeitung Svenska Dagbladet am 24. November 2015 ein umfassendes Maßnahmenpaket, das die Regierung in Stockholm kurz zuvor bekannt gegeben hatte und mit dem die bisher geltenden Standards der Asylpolitik in Schweden deutlich abgesenkt werden sollen. Schweden soll so als Zufluchtsland weniger attraktiv werden; der Zuzug neuer Asylbewerber soll so kräftig wie möglich sinken. Unter anderem ist vorgesehen, dass Schutzberechtigte statt unbefristeten künftig nur noch befristete Aufenthaltserlaubnisse erhalten, und dass der Familiennachzug erschwert und in manchen Fällen ganz unmöglich gemacht wird. Auch sollen Fähr-, Bus- und Bahnunternehmen keine Passagiere mehr aus Deutschland oder Dänemark nach Schweden bringen dürfen, die keinen Identitätsnachweis haben.

In der Tat wirken diese und weitere im Oktober und November verkündeten Maßnahmen, die noch im Detail als Gesetzesänderungen ausgearbeitet werden und dann den Reichstag passieren müssen, wie eine Kapitulation – eine Kapitulation der rot-grünen Minderheitsregierung vor den dramatisch angestiegenen Asylbewerberzahlen, aber auch vor der Unfähigkeit oder dem Unwillen der Partnerstaaten in der EU, eine gemeinsame Lösung für die Flüchtlingskrise in Form eines solidarischen Verteilungsmechanismus zu finden und Schweden somit zu entlasten. Stockholm will nun mit voller Härte die Botschaft vermitteln, am Ende des Weges angekommen zu sein: Schweden kann und will keine weiteren Flüchtlinge mehr aufnehmen.

Wie konnte es zu dieser drastischen Kehrtwende in einem Land, das bisher für seine Großzügigkeit und Hilfsbereitschaft bekannt war, kommen? Was sind die Hintergründe des plötzlichen Umschwungs? Diesen Fragen soll die vorliegende Analyse auf den Grund gehen.

## **Die Ausgangslage: Hohes Zuwanderungsniveau, eine großzügige Flüchtlingspolitik und ambitionierte Integrationspolitik**

Schon seit einigen Jahren ist Schweden eines der wichtigsten Zuwanderungsländer innerhalb der EU. 2014 war es das EU-Land, das gemessen an seiner Bevölkerungsgröße (9,8 Millionen) die meisten Asylbewerber aufnahm, rund 81.000. Zeitweise wurden im Sommer 2014 über 2.000 Asylbewerber pro Woche registriert, dies galt damals als eine außergewöhnlich hohe Zahl. Im Spätsommer 2015 wurden die Werte des Vorjahres aber nochmal deutlich getoppt, wochenlang wurden fast 2.000 neue Asylbewerber gezählt – pro Tag. Ne-

---

<sup>1</sup> Dr. phil., Jahrgang 1976, Politikwissenschaftler. Experte für den nationalen Kontaktpunkt Schweden im Europäischen Migrationsnetzwerk (EMN) und Forschungssekretär bei der Schwedischen Delegation für Migrationsstudien (DELM) in Stockholm.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

ben den vielen Schutzsuchenden kommen viele Migranten auch als Familienangehörige bereits in Schweden ansässiger Personen ins Land, als Arbeitskräfte im Rahmen des liberalen schwedischen Systems für Erwerbsmigration, als internationale Studenten, Au-pairs, oder auch selbständige Unternehmer (siehe Tabelle 1). Insgesamt erhielten im Jahr 2014 über 103.000 Menschen aus Nicht-EU-Staaten einen rechtmäßigen Aufenthalt in Schweden, ein Rekordwert.<sup>2</sup> Aktuell sind 16,5 Prozent aller Einwohner Schwedens außerhalb des Landes geboren. Vor 15 Jahren waren es nur rund 11 Prozent.<sup>3</sup>

**Tabelle 1:** Zuwanderung nach Schweden 2010-2014

	2010	2011	2012	2013	2014
Familiäre Gründe	30 287	32 469	41 156	40 026	42 435
Flüchtlinge/Schutzbedürftige	11 821	12 334	16 943	28 438	35 020
Erwerbstätigkeit	16 373	17 877	19 936	19 292	15 872
Studium und Ausbildung	14 188	6 836	7 092	7 559	9 267
Andere Gründe	309	392	462	560	622
<b>Insgesamt</b>	<b>72 978</b>	<b>69 908</b>	<b>85 589</b>	<b>95 875</b>	<b>103 216</b>

**Quelle:** Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket). Zuwanderung berechnet anhand erteilter Aufenthaltserlaubnisse (ohne EU-Bürger)

International wird die schwedische Migrations- und Integrationspolitik oft als besonders progressiv und vorbildlich wahrgenommen. Und obwohl es an Herausforderungen nicht mangelt, etwa einem Mangel an bezahlbaren Mietwohnungen und einer schleppend verlaufenden Arbeitsmarktintegration neu zuziehender Flüchtlinge, bekennt sich die Regierung zu einer positiven Sicht auf Migration. Dies gilt nicht erst für die gegenwärtige Minderheitsregierung aus Sozialdemokraten und Grünen, sondern war auch schon unter der von vier bürgerlichen Parteien getragenen Regierung des früheren Premiers Fredrik Reinfeldt so. „Die grundlegende Vision der Regierung ist, dass Einwanderung hilft, die schwedische Gesellschaft, den Arbeitsmarkt und die Wirtschaft zu revitalisieren. Einwanderer bringen neues Wissen und neue Erfahrungen aus ihren Herkunftsländern mit“, heißt es in einem „Fact Sheet“ der Regierung, das zuletzt im August 2014 überarbeitet wurde.<sup>4</sup> Auf der Internetseite der Regierung ist außerdem zu lesen, man ziele darauf ab, eine „langfristige und nachhaltige Migrationspolitik“ aufrecht zu erhalten, mit der „das Recht auf Asyl gewahrt wird und im Rahmen einer gesteuerten Migration die grenzüberschreitende Mobilität erleichtert, bedarfs-

<sup>2</sup> Asylbewerber sind in diesen Zahlen nicht enthalten, sondern lediglich Personen, deren Antrag positiv entschieden, denen also ein Schutzstatus zuerkannt wurde. Einschließlich EU-Bürger betrug die Zuwanderung rund 127.000 Personen.

<sup>3</sup> Quelle: Statistics Sweden (Statistiska Centralbyrån).

<sup>4</sup> Government Offices of Sweden (2014): Migration policy, Factsheet Ju 14.04e [Übersetzung durch den Verfasser].

## SCHWEDEN

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

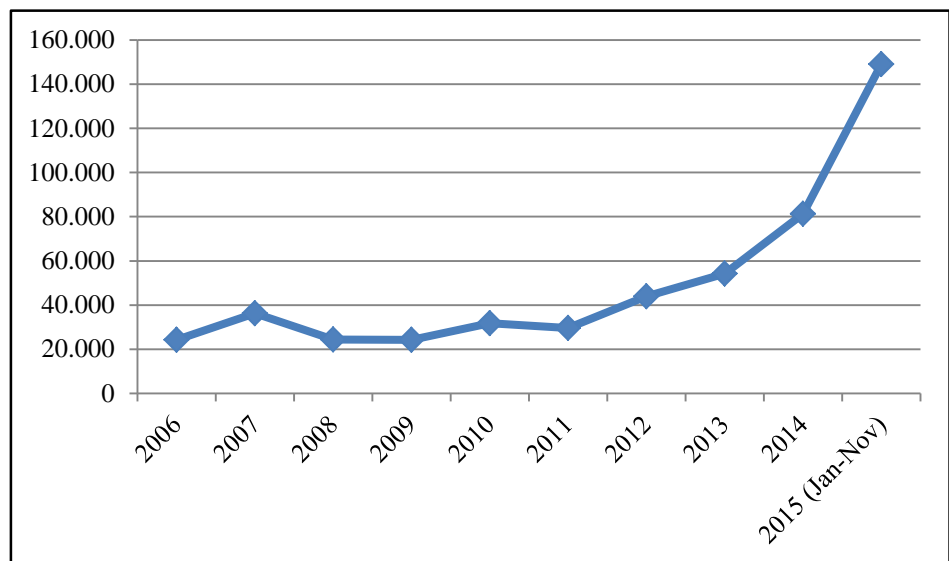
[www.kas.de](http://www.kas.de)

orientierte Arbeitsmigration gefördert, die positiven Effekte von Migration für Entwicklung verstärkt und die Europäische und internationale Kooperation vertieft werden soll.<sup>5</sup>

International bekannt wurde auch eine Rede des früheren Premierministers Reinfeldt auf einer Wahlkampfveranstaltung im August 2014, als er angesichts der hohen Asylbewerberzuwanderung Schweden als „humanitäre Großmacht“ pries und an seine Landsleute appellierte, ihre Herzen für die Neuankömmlinge zu öffnen. „Mein Europa baut keine Mauern“, erklärte auch Reinfeldts sozialdemokratischer Nachfolger Stefan Löfven noch im September 2015 auf einer Kundgebung in Stockholm.<sup>6</sup>

Die zahlenmäßige Entwicklung der Migration nach Schweden in den vergangenen Jahren spricht dafür, dass die positive Sicht der Regierung nicht bloße Theorie ist, sondern dass immer mehr Migranten auch tatsächlich von den Zuwanderungsmöglichkeiten Gebrauch gemacht haben, die Schweden ihnen bot. Am stärksten angewachsen sind zuletzt jedoch nicht Zuwanderergruppen wie internationale Studenten, Arbeitsmigranten oder Selbständige, die in Schweden ein Unternehmen gründen möchten, sondern Schutzsuchende und Menschen, die deshalb nach Schweden kommen, weil sie dort enge Familienangehörige haben (siehe Grafik 1).<sup>7</sup>

**Grafik 1:** Asylanträge in Schweden, 2006-2015



**Quelle:** Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket)

Dass viele Asylsuchende ausgerechnet nach Schweden kommen, und damit in ein eher kleines EU-Land mit geographischer Randlage, kann auf eine Vielzahl von Gründen zurückgeführt werden. Schwedens positiver Ruf in Sachen Wohlfahrtsstaat, Demokratie, Menschenrechte und Gleichheit dürfte eine Rolle spielen, sowie darauf aufbauend mehr oder weniger diffuse Ratschläge und Informationen von Angehörigen, Schleppern und Fluchthelfern. Die

<sup>5</sup> Migration policy objectives“, Government Offices of Sweden, 27. November 2014, aktualisiert 12. Februar 2015 [Übersetzung durch den Verfasser].

<sup>6</sup> Vgl. Bernd Parusel (2015): Skandinavische Gräben, in: Jungle World Nr. 37.

<sup>7</sup> Die Migration aus familiären Gründen ist teilweise an die Fluchtmigration gekoppelt, da viele Asylbewerber zunächst alleine kommen, dann aber, wenn ihnen eine Aufenthaltserlaubnis erteilt wird, Familienmitglieder nachziehen.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Wahrscheinlichkeit, dass Asylverfahren schnell gehen und mit einer positiven Entscheidung enden, kann ebenso wichtig sein wie die Art und die Bedingungen der Unterbringung während des Asylverfahrens, oder auch die Frage, wie wahrscheinlich es ist, schnell eine Arbeit oder Ausbildung und eine eigene Wohnung zu finden. Weitere Entscheidungsgründe können sein, ob für anerkannte Flüchtlinge die Möglichkeit besteht, Ehepartner und Kinder nachholen zu können, und wie schnell man nach einem dauerhaften Aufenthaltsrecht auch die Staatsbürgerschaft des neuen Landes bekommen kann. Für viele ist auch entscheidend, ob schon Landsleute, Freunde oder Verwandte im Zielstaat leben und welche Erfahrungen diese dort machen.

Schweden war bislang bei mehreren der genannten Punkte gut aufgestellt. Im Zuge der stark angestiegenen Asylzuwanderung der letzten Zeit sind die Laufzeiten der Asylverfahren zwar deutlich länger geworden. Während ein Asylbewerber aus Syrien im Jahr 2013 durchschnittlich 86 Tage auf eine Entscheidung über den Asylantrag warten musste, waren es im November 2015 schon 241 Tage, und die Tendenz geht zu noch längeren Wartezeiten. Die Aussichten auf einen dauerhaften Schutzstatus sind aber noch immer gut. 2013 wurden rund 87 Prozent aller Syrer anerkannt und bekamen eine permanente Aufenthaltserlaubnis, 2015 lag die Quote bei 91 Prozent.<sup>8</sup> Auch andere große Gruppen von Asylbewerbern, etwa Eritreaner, Somalier und staatenlose Personen haben gute Aussichten auf dauerhaften Schutz.<sup>9</sup> Asylbewerber, die eine Arbeit haben, können in Schweden unter Umständen jedoch selbst dann im Land bleiben, wenn ihr Asylantrag abgelehnt wird. Jeder, der schon während des Asylverfahrens mindestens vier Monate gearbeitet hat und eine Weiterbeschäftigung in Aussicht hat, monatlich mindestens knapp 1.390 Euro brutto verdient und seine Identität nachweisen kann, darf einen sogenannten „Spurwechsel“ vollziehen und eine Aufenthaltserlaubnis zu Erwerbszwecken bekommen.<sup>10</sup>

Auch bei den Aufnahme-, Unterbringungs- und Versorgungsbedingungen ist Schweden attraktiv. In „normalen“ Zeiten beschafft die staatliche Asyl- und Migrationsbehörde Migrationsverket reguläre Mietwohnungen, die ihr von den Gemeinden auf freiwilliger Basis angeboten werden, und in denen Asylbewerber die Möglichkeit haben, ein weitgehend normales Leben zu führen. Statt Lebensmittel- und Hygienepaketen wird ein Tagegeld ausgezahlt und die Empfänger können selbst entscheiden, wie sie dieses ausgeben möchten. In Zeiten, in denen das Angebot an Mietwohnungen nicht ausreicht, greift die Migrationsbehörde nach öffentlichen Ausschreibungen auf Sammelunterkünften zurück, die ihr von den Kommunen oder privaten Akteuren angeboten werden. Eine pragmatische Lösung bietet Schweden Personen, die bereits Angehörige oder Freunde haben, bei denen sie unterkommen können, oder die ausreichend eigene Mittel zur Anmietung einer Wohnung haben. Es besteht keine Pflicht, in Gemeinschaftsunterkünften zu wohnen; die Behörden sind um jeden Asylbewerber froh, der selbst eine Unterkunft findet.<sup>11</sup> Zudem erhalten alle Asylbewerber einen kostenlosen Rechtsbeistand, und wer seine Identität nachweist oder wenigstens an der Klärung der Identität mitwirkt, bekommt vollen Zugang zum Arbeitsmarkt, ohne behördliche Vorrangprüfung.

---

<sup>8</sup> Quelle: Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket), Stand: Dezember 2015.

<sup>9</sup> Quelle: Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket), Stand: Dezember 2015.

<sup>10</sup> Siehe zum Thema „Spurwechsel“ in Schweden z.B. Parusel, Bernd (2015): „Das schwedische Modell – faire und flexible Mobilität“, in: Bertelsmann Stiftung (Hrsg.), Migration gerecht gestalten – Weltweite Impulse für einen fairen Wettbewerb um Fachkräfte, Gütersloh, S. 201-210; Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (2015): Asylsuchende und Flüchtlinge: Integration in den Arbeitsmarkt in Schweden, Dänemark und Großbritannien, Aktuelle Berichte Nr. 18, Nürnberg.

<sup>11</sup> Im Sommer 2015 waren knapp 32 Prozent aller Asylbewerber in Wohnungen untergebracht, die sie sich selbst beschafft hatten. Quelle: Schwedisches Migrationsamt (Migrationsverket), Stand: Dezember 2015.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Für Personen, die zunächst alleine einreisen, aber später ihre Familie nachziehen wollen, ist Schweden im Moment ebenfalls noch durchaus attraktiv. Asylbewerber, bei denen ein Schutzbedarf festgestellt wird, bekamen bisher eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis – unabhängig davon, ob sie als Flüchtlinge oder als anderweitig Schutzberechtigte anerkannt wurden. Diese berechtigte dazu, Ehegatten, unverheiratete Partner und minderjährige Kinder nachziehen zu lassen. Nur vier Jahre nach der Schutzgewährung können anerkannte Flüchtlinge schwedische Staatsbürger werden.<sup>12</sup>

**Die asylpolitische Wende im Herbst 2015**

Angesichts der hohen Zahl neu einreisender Asylbewerber hat Schweden schon seit dem Sommer 2014 immer wieder Probleme, genügend Unterbringungslösungen für die Neuankömmlinge zu finden. Die Migrationsbehörde musste immer öfter auf Notlösungen zurückgreifen, Gemeinden klagten über steigende Kosten und einen hohen Personalbedarf für die soziale Eingliederung der Neuzuwanderer, und die staatliche Arbeitsagentur Arbeitsförmedlingen, der es obliegt, für alle anerkannten Schutzberechtigten eine dauerhafte Wohnung zu finden und einen individuellen Integrationsplan zu erstellen, zeigte Überlastungserscheinungen. Als die Zahl der Asylbewerber im September 2015 in dieser ohnehin bereits angespannten Situation noch einmal dramatisch anstieg, auf das bisher nicht gekannte Niveau von fast 2.000 Personen pro Tag, zeichnete sich schnell ab, dass die Aufnahmekapazität Schwedens an eine Grenze stoßen würde. Obwohl Migrationsverket ganze Hotels, Jugendherbergen, Feriendörfer sowie umgebaute Heilanstalten und Militäranlagen anmietete, war es kaum mehr möglich, allen Neuankömmlingen ein Dach über dem Kopf zu bieten. Obwohl die Zweigstelle der Migrationsbehörde in Malmö, der wichtigsten Anlaufstelle für Asylbewerber in Südschweden, ihre Öffnungszeiten schrittweise erweiterte, bis sie schließlich rund um die Uhr Anträge entgegennahm, kam sie mit der Registrierung nicht mehr hinterher. Asylbewerber verbrachten die Nacht in den Rezeptionen verschiedener Zweigstellen der Behörde – und manchmal sogar auf der Straße. Auch die Kommunen waren immer weniger in der Lage, den ihnen obliegenden Aufgaben nachzukommen, und zeigten sich mitunter selbst für Gesetzesverstöße an.

Die Politik sah sich schließlich gezwungen, mit einer Kaskade von Notmaßnahmen zu reagieren. Zunächst verkündete Premierminister Löfven im Oktober, dass Asylbewerber angesichts des außerordentlichen Zustroms fortan auch in Zelten untergebracht werden müssten. Der für Migration und Asyl zuständige Justizminister Morgan Johansson legte Flüchtlingen nahe, lieber in Deutschland zu bleiben – Schweden könne kein Dach über dem Kopf mehr garantieren. Diese Warnungen der Politik blieben jedoch wirkungslos.

Am 23. Oktober 2015 einigten sich die regierenden Sozialdemokraten und Grünen daraufhin mit den vier bürgerlichen Oppositionsparteien auf ein erstes Maßnahmenpaket, das direkt auf eine Reduzierung der Asylzahlen abzielte. Es sah unter anderem vor, verschärft gegen abgelehnte Asylbewerber vorzugehen. Wer nach der Ablehnung des Asylantrags Schweden nicht freiwillig verlasse, solle künftig weder eine Wohnung noch Leistungen zum Lebensunterhalt mehr bekommen. Diejenigen, die anerkannt werden, sollten mit Ausnahme von Familien mit Kindern und unbegleiteten Minderjährigen nur noch befristete Aufenthaltserläubnisse erhalten. Außerdem bat die Regierung die EU darum, schutzbedürftige Menschen aus

---

<sup>12</sup> Mikael Spång (2015): Svenskt medborgarskap – Reglering och förändring i ett skandinaviskt perspektiv, Delegationen för migrationsstudier Rapport 2015:5, S. 6.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

Schweden in andere Mitgliedstaaten umzusiedeln.<sup>13</sup> Kurz zuvor hatte Schweden sich noch selbst an ersten Umverteilungen aus Griechenland und Italien beteiligt.

Nachdem auch diese Ankündigungen nicht zu einem unmittelbaren Rückgang der Einreise- und Asylantragszahlen führten, beschloss die Regierung am 12. November, den freien Grenzübertritt innerhalb des Schengenraums vorübergehend auszusetzen und wieder Grenzkontrollen an der Öresundbrücke nach Dänemark und den Fährterminals in Südschweden einzuführen. Gleichzeitig wies sie die Betreiber der Fährrouen an, nur noch Passagiere mit Identitätsdokumenten mitzunehmen. Dies führte zu einem geringfügigen Rückgang der Asylbewerberzahlen.

Am 24. November wurde ein weiteres Maßnahmenpaket vorgelegt, das bisher drastischste.<sup>14</sup> Schweden benötige bei der Asylzuwanderung dringend eine „Atempause“, erklärten Premier Löfven und seine Stellvertreterin Åsa Romson. Entgegen der Ankündigung von Ende Oktober hieß es nun, nicht nur Erwachsene, sondern alle Schutzberechtigten außer Resettlement-Flüchtlingen sollten nur noch befristete Aufenthaltspapiere bekommen – Personen mit Flüchtlingsstatus für drei Jahre, und subsidiär Schutzberechtigte für nur ein Jahr. Vor einer Verlängerung soll die Migrationsbehörde prüfen, ob die Schutzgründe noch vorliegen oder ob sich die betreffende Person durch Arbeit selbst versorgen kann und auf dieser Basis als Arbeitszuwanderer zugelassen werden kann. Für subsidiär Schutzberechtigte soll es zudem kein Familiennachzugsrecht mehr geben, und die bisher nach nationalem Recht mögliche Aufenthaltsgewährung aus humanitären Gründen soll wegfallen und durch einen neuen Paragraphen im Ausländergesetz ersetzt werden, der nur noch in besonderen Ausnahmefällen einen befristeten Aufenthalt ermöglicht. Außerdem will Schweden strikter mit unbegleiteten Minderjährigen verfahren. Während man bei Asylanträgen von Jugendlichen ohne Erziehungsberechtigten bisher mündlichen Altersangaben der Antragsteller glaubte, sofern sie nicht offensichtlich über 18 waren, sollen künftig regelmäßig medizinische Altersfeststellungen durchgeführt werden. Ausgeweitet wird schließlich auch die Erfordernis, bei der Einreise aus anderen Schengenstaaten einen Identitätsnachweis mitzuführen.

**Einschätzung und Ausblick**

Insgesamt zielt die schwedische Regierung darauf ab, nicht mehr großzügiger mit Asylbewerbern zu verfahren, als dies die EU-Staaten auf der Basis der Minimalvorschriften in den Asylrichtlinien der EU zu tun verpflichtet sind. Insbesondere der Bruch mit der Praxis, Schutzbedürftigen von Anfang an einen Daueraufenthalt zu gewähren und damit ihre Integration zu fördern, stellt einen drastischen Umschwung in der schwedischen Flüchtlingspolitik dar. Die Erfordernis eines Identitätsnachweises vor der Einreise aus anderen Schengenstaaten und die Kontrollen an den Grenzen dürften es für Asylbewerber, die bisher meist unerkannt und unregistriert über Deutschland und Dänemark einreisen, schwer machen, überhaupt noch nach Schweden zu gelangen.

Obwohl die meisten der genannten Maßnahmen erst noch im Parlament beraten und schließlich als Gesetz beschlossen werden müssen, ging die Zahl der Asylanträge fast unmittelbar zurück. Während in der 46. Kalenderwoche 2015 noch über 10.000 Anträge registriert wurden, waren es in der 49. Kalenderwoche nur noch etwa halb so viele. Menschen-

<sup>13</sup> „Measures to tackle the refugee crisis“, Government Offices of Sweden, 23. Oktober 2015; siehe auch „Flüchtlingskrise in Schweden: Die Aufnahmeeuphorie nimmt ab“, Spiegel online, 2. November 2015.

<sup>14</sup> Government proposes measures to create respite for Swedish refugee reception“, Government Offices of Sweden, 24. November 2015.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

rechtsorganisationen sehen den Umschwung der Regierung jedoch äußerst kritisch, und der Koalitionspartner der regierenden Sozialdemokraten, die Umweltpartei „Miljöpartiet“, hat Mühe, ihren Anhängern den verschärften Umgang mit Asylbewerbern zu vermitteln. Auch staatliche Einrichtungen, etwa die Migrationsbehörde Migrationsverket, äußerte Skepsis. So droht die angekündigte Befristung neuer Aufenthaltserlaubnisse die Arbeitsbelastung der ohnehin unter großem Druck stehenden Behörde weiter zu erhöhen. Während ein Asylantrag bisher nur einmal geprüft werden musste und im Fall der Anerkennung ein unbefristeter Schutz gewährt wurde, kommen nun womöglich schon bald zehntausende Verlängerungsfälle auf das Amt zu. Die Integration der Neuankömmlinge dürfte ebenfalls massiv erschwert werden.

Unsicher ist auch, ob bei den anderen EU-Staaten, über deren mangelhafte Aufnahmebereitschaft und Solidarität Schweden sich wiederholt lautstark beklagt hat, der schwedische Umschwung tatsächlich wie gewünscht als ein Appell zu einer gerechteren Lastenverteilung bei der Flüchtlingsaufnahme in Europa wahrgenommen wird. Angesichts der Plötzlichkeit und Radikalität des Wandels könnte vielmehr der Eindruck entstehen, dass Schweden sich übernommen und sehenden Auges in eine Notlage manövriert hat, so dass nun die Notbremse gezogen werden musste. Die Regierung hat erklärt, dass die vereinbarten Maßnahmen den Kommunen, Behörden und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die vor Ort die Flüchtlings- und Integrationsarbeit bewerkstelligen, lediglich eine dringend benötigte „Atempause“ verschaffen sollen. Nach drei Jahren kehre man wieder zu den alten, großzügigeren, Regeln zurück. Ob es dazu aber tatsächlich kommt, dürfte unter anderem davon abhängen, ob es den EU-Staaten gelingt, sich auf einen Mechanismus zur gleichmäßigeren Verteilung von Asylbewerbern auf die Mitgliedstaaten zu einigen. Außerdem besteht die Gefahr, dass die rechtspopulistischen „Schwedendemokraten“, die sich laut Umfragen steigender Beliebtheit erfreuen, alles daran setzen werden, die Regierung weiter unter Druck zu setzen. Die angekündigten Maßnahmen reichten nicht aus, heißt es von dort schon jetzt.

Trotz der zahlreichen Verschärfungen sollte jedoch nicht übersehen werden, dass die schwedische Regierung in den letzten Wochen auch ein aus der Perspektive des Flüchtlings-schutzes positives Zeichen gesetzt hat. Um die unkontrollierte irreguläre Zuwanderung von Schutzsuchenden zukünftig besser organisieren zu können und für die Betroffenen weniger riskant und gefährlich zu machen, sollten die EU-Staaten Migranten mehr „legale Zuwanderungswege“ eröffnen, beispielsweise in Form legaler Arbeitsmigration oder durch Neuansiedlungsprogramme („Resettlement“), argumentierte sie.<sup>15</sup> Gemäß der Vereinbarung zwischen Regierung und Opposition von Ende Oktober soll zu diesem Thema eine Expertenkommission eingesetzt werden. Sie soll auch das Thema „humanitäre Visa“ untersuchen.<sup>16</sup> Eine Hoffnung Schwedens ist es, dass man es längerfristig schafft, ein Kernproblem des europäischen Asylrechts dauerhaft zu lösen, nämlich das Problem, dass das Asylrecht territorial ist, also nur dann beantragt und in Anspruch genommen werden kann, wenn man sich bereits in einem EU-Land oder unmittelbar an der Grenze befindet, während es für die Betroffenen gleichzeitig aufgrund von Pass- und Visumvorschriften in der Regel unmöglich ist, legal dorthin zu gelangen. Wenn Schutzsuchende schon vom Ausland aus ein Visum erhalten könnten, um damit legal in die EU einzureisen, wobei ihnen über ein europaweites Verteilungssystem ein bestimmtes Aufnahmeland verbindlich zugewiesen werden könnte, dann könnte

<sup>15</sup> The Government's ten standpoints to reform the EU's refugee policy", Government Offices of Sweden, 8. September 2015.

<sup>16</sup> Zur Möglichkeit, im Rahmen des EU-Visumkodex humanitäre Visa zu gewähren, siehe beispielsweise: Jensen, Ulla Iben (2014): Humanitarian Visas: Option or obligation? CEPS Liberty and Security in Europe No. 68.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**SCHWEDEN**

DR. BERND PARUSEL

Dezember 2015

[www.kas.de](http://www.kas.de)

die unhaltbare Menschenrechtssituation entlang der Fluchtrouten und an den Außengrenzen der EU möglicherweise entschärft werden.

Vielleicht ist dies der einzige wirkliche Lichtblick in einer Zeit, in der sich selbst das liberale und weltoffene Schweden angesichts der Herausforderungen der Flüchtlingskrise zunehmend einigelt.